

Ergebnisse der Tagung *Jugend ohne Arbeit* vom 17./18. Februar 2006: Vorschläge zu Händen der Regierung

Als erste Plenarveranstaltung führte die Sozialkonferenz Basel am 17./18. Februar 2006 die Tagung *Jugend ohne Arbeit* durch. Ziel war es, nach Perspektiven für arbeitslose Jugendliche zu suchen und Echolot zu sein für politisch Machbares bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Basel. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, Lehrbetrieben und Wirtschaftsverbänden, Staatsangestellte von Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsämtern, Lehrpersonen und Mitarbeitende von Organisation, die Jugendliche bei der Lehrstellen und Arbeitssuche unterstützen. Rund 100 Fachpersonen, darunter auch zwei Regierungsräte, hatten sich an den zwei Tagen intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt.

Gestützt auf die Ergebnisse der Tagung schlägt der Exekutivrat der Sozialkonferenz Basel zu Händen der Regierung die folgenden Handlungsfelder zur Weiterbearbeitung vor:

übergeordnetes Handlungsfeld

1 GESAMTSTRATEGIE

Der Staat entwickelt eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Der Staat übernimmt den Prozesslead bei der Erarbeitung und Umsetzung einer Gesamtstrategie zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit in Basel, und zwar in Kenntnis der bestehenden Projekte und Angebote, die das Ziel haben, die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Ziel ist u.a. Übersicht zu gewinnen über die Akteure, um ihre Angebote und Massnahmen in einer Gesamtstrategie zu koordinieren und so Synergien optimal zu nutzen. Der Staat bezieht deshalb die Verbundpartner rechtzeitig in den Prozess ein.

nachgelagerte Handlungsfelder

2 ELTERNHAUS

Die Eltern kennen das Schul- und Ausbildungssystem in Basel. Sie werden nach Bedarf durch die Schul- und Ausbildungszeit begleitet

z.B.

- Angebote für Eltern und insbesondere auch für Familien mit Migrationshintergrund stärken (Tagesstrukturen, Tagesschulen, Elternbildung, Beratung);
- Frühe und intensive Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrpersonen und evtl. Schulsozialarbeit etablieren;
- den Zugang zu freiwilligen Angeboten für die Erprobung neuer Aktivitäten (Erschliessung neuer Ressourcen) auch für materiell schlechter Gestellte sicherstellen.

3 (SCHUL-) BILDUNG

Ungenügende schulische und soziale Kompetenzen werden frühzeitig erfasst und Massnahmen dagegen ergriffen

z.B.

- Check schon vor/bei der Einschulung, um Kinder mit schlechteren Startbedingungen früh zu erfassen: Checkliste;
- Schulsozialarbeit bereits in frühen Schulstufen einführen;
- die Auseinandersetzung mit der Berufswahl bereits ab der 7. Klasse beginnen;
- das Basler Schulsystem inhaltlich mit den Nachbarkantonen / gesamtschweizerisch harmonisieren.

4 ÜBERGÄNGE

Die Übergänge Schule/Ausbildung sowie Ausbildung/Beruf werden so ausgestaltet, dass sie für alle Beteiligten möglichst reibungslos erfolgen

z.B.

- Die grosse Auswahl von Betreuungs-/Übergangsangeboten für Jugendliche auf Lehrstellensuche wird über eine Anlaufstelle (Information, Beratung, Triage) vernetzt;
- Die Begleitung von gefährdeten Jugendlichen von der Schule in die Ausbildung wird sichergestellt (Kompetenzzentrum Case Management für Jugendliche, LehrerInnen und LehrmeisterInnen);
- Mentoring ausbauen für Jugendliche 3 Monate vor Lehrabschluss bei der Suche nach einer Arbeitsstelle.

5 LEHRSTELLENANGEBOT

Die nötige Anzahl Lehrstellen wird sichergestellt

z.B.

- Für die "Wirtschaft" werden Anreize geschaffen, weiterhin Lehrstellen anzubieten (Soziallabel für Firmen mit Lehrstellen; Anlaufstelle auch für Lehrmeister → s. Nr. 4; Abgeltung von besonderen Leistungen, die über die übliche Betreuungsarbeit von Lehrlingen hinausgeht...).

6 JOBSCHAFFUNG

Alle Jungen Erwachsenen erhalten eine Chance, in die Arbeitswelt eingebunden zu werden

z.B.

- Für die Leistungsschwächsten ohne Chance auf eine Lehre oder Attestlehre werden Modelle entwickelt, um ihre Arbeitsmarktfähigkeit herzustellen und ihnen sinnvolle Arbeitsmöglichkeiten zu geben;
- Differenziertes Angebot bei den RAV, der Sozialhilfe und weiteren Stellen für Jugendliche < 25 J.;
- die "Wirtschaft" erhält Anreize, junge Berufsleute anzustellen (z.B. durch Lohnanlaufstufen) oder Nischenarbeitsplätze anzubieten.

Neben der Bearbeitung der Handlungsfelder 1 bis 6 wird die Vertiefung folgender Vision vorgeschlagen:

7 VISION

Kein Jugendlicher unter 25 Jahren bekommt IV / Sozialhilfe, es sei denn, alles Mögliche zu seiner Integration in Arbeit wurde unternommen.

- Entwicklung der Vision zusammen mit den Betroffenen z.B. im Rahmen einer Zukunftswerkstatt

verabschiedet vom Exekutivrat der Sozialkonferenz Basel im März 2006

Die Sozialkonferenz Basel

Die Sozialkonferenz Basel konstituierte sich im Juni 2005. Sie bearbeitet und diskutiert Themen zur Armutsbekämpfung in Basel. Dabei fördert sie die wirkungsvolle und pragmatische Zusammenarbeit über die Akteurengrenze hinaus.

Die Sozialkonferenz ist zweistufig organisiert: Ein Exekutivrat, der sich aus je drei Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppe Staat, Wirtschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Armutsbetroffene zusammensetzt, bestimmt die Themen und bereitet sie für die Diskussion und Bearbeitung in einem grösseren Fachgremium, einer so genannten Plenarveranstaltung, vor. Präsiert wird der Exekutivrat von Prof. Dr. L. Burckhardt. Die Sozialkonferenz wird von der Christoph Merian Stiftung getragen.